



STANDPUNKT

Lebenswelt und Gesundheit

focus 8/18
Dezember



Prof. Carlo Fabian

Fachhochschule Nordwestschweiz – HSA. Sozial- und Gesundheitspsychologe, Coach und Organisationsentwickler bso

Gesundheit betrifft uns nicht nur alle, wir sind alle Akteure unserer Gesundheit. Gesundheit ist komplex und dynamisch, bewegt sich in einem bio-psycho-öko-sozialen Ursachen-Wirkungsraum und ist mehr Prozess als Status. Gesundheit entsteht unter anderem in unseren jeweiligen, vielfältigen Lebenswelten, wie unserem Quartier, unserer Stadt oder unserer Gemeinde. In diesen Lebenswelten, wo wir wohnen, leben, arbeiten, zur Schule gehen oder unsere Freizeit verbringen, können wir sowohl von verschiedenen Ressourcen und Schutzfaktoren profitieren, wir werden da aber auch mit unterschiedlichen Belastungen konfrontiert und sind Risiken ausgesetzt. Gesundheitliche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten entfalten sich in diesen Lebenswelten.

Die Herausforderung ist, wie ein Quartier oder eine Gemeinde entwickelt werden können, damit die Menschen ihre Gesundheit optimal entfalten und sichern können. Entscheidend hier scheint zu sein, ob diese Entwicklungen für die Menschen oder mit ihnen angegangen werden. Sieht man also die Menschen als Betroffene oder als Beteiligte? Sieht man sie als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt, die zusammen mit Professionellen aus den Bereichen der Gesundheit,

der Stadt- und Raumplanung, des Sozialwissens etc. gemeinsam Lösungen entwickeln? Einen Lösungsansatz dazu findet man in der Ottawa-Charta für Gesundheitsförderung von 1986. Vor 32 Jahren schon wurde in diesem wegweisenden Dokument der Setting-Ansatz propagiert. Der Setting-Ansatz ist als Handlungsrahmen zu verstehen: Gesundheit kann gefördert oder erhalten werden, wenn sowohl die Person (Wissen, Kompetenzen, Verhalten) als auch die Verhältnisse (Strukturen, Infrastruktur, Unterstützungsleistungen, Werte, Regulierungen etc.) im dynamischen Miteinander im Fokus der Interventionen stehen und – das ist der entscheidende Punkt – dies unter Einbezug der Menschen geschieht. Partizipation, und dazu gehört auch das Empowerment der in der Gesellschaft weniger starken Personen, also das ihnen eine Stimme geben, ist sowohl Methode als auch Haltung. Gemeinden, Quartiere oder Städte sind typische Settings.

Obwohl noch weitere wissenschaftliche Fundierung zum Setting-Ansatz nötig ist, gibt es bereits viele Hinweise, dass er wirkungsvoll ist. Zu oft aber besteht in der Praxis noch die Überzeugung, dass top-down Ansätze, also Ansätze von den Professionellen für die Menschen, funktionieren. Zu oft wird in der Praxis Partizipation in den Projekten erwähnt, in der Umsetzung bleibt sie aber marginal. Hier braucht es noch weitere (evidenzbasierte) Entwicklungen auf den Ebenen Praxis und Politik.

Liebe Leserin, lieber Leser

Fragt man Schweizerinnen und Schweizer, was ihnen persönlich am wichtigsten ist, wird oft die Gesundheit genannt. Der Wunsch nach guter Gesundheit kommt nicht von ungefähr – Einbussen im persönlichen Wohlbefinden sind oft mit einem gravierenden Verlust an Lebensqualität verbunden. Und auch kleinere Beeinträchtigungen sind spürbar: Spaziergänge werden kürzer, Konzertbesuche seltener.

Welche Rolle Städte und Gemeinden im Bereich der Gesundheit spielen, ist nicht sofort augenfällig. Die institutionellen Kompetenzen, wie die Verantwortung für die Spitäler, liegen meist bei den Kantonen. Tatsächlich haben aber viele Bereiche des kommunalpolitischen Handelns einen gesundheitspolitischen Aspekt – vom öffentlichen Verkehr über das Sportangebot bis zu den Pflegeheimen. Dieser «focus» widmet sich der Bedeutung der Städte in der Gesundheitsförderung.

Viel Spass bei der Lektüre!

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Yverdon hat grosse Ambitionen in der Gesundheitsförderung»


Jean-Daniel Carrard
Stadtpräsident von Yverdon-les-Bains

Jean-Daniel Carrard hat Jahrgang 1958 und ist seit 2015 Stadtpräsident von Yverdon-les-Bains. Der studierte Bauzeichner und Architekt gründete 1986 das Architekturbüro «Brunner et Carrard S.A». Er wurde 1994 in den Gemeinderat und 2002 in den Stadtrat gewählt. Seit 2017 ist er Abgeordneter der FDP im Grossen Rat des Kantons Waadt. Unter anderem ist er Vorsitzender des Vorstandes des Gemeindeverbands AggloY und des Verwaltungsrats von Y-Parc. Jean-Daniel Carrard ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Ist Yverdon-les-Bains eine gesunde Stadt?

Ja, das denke ich schon. Mit ihrer Lage am Ufer des Neuenburgersees verfügt unsere Stadt über ein aussergewöhnliches intaktes Naturerbe. Wir haben grosse Ambitionen bei der nachhaltigen Gesundheitsförderung. Im November haben wir das zweite Jahr in Folge die Konferenz «Activité physique-Innovation-Santé» zum Thema Bewegung-Innovation-Gesundheit veranstaltet. Ziel der Konferenz ist es, das Fachwissen der Geografen und der Fachkräfte im Gesundheitswesen sowie in den Bereichen Stadtplanung und Sport zusammenzuführen. Die Stadtverwaltung beauftragte in diesem Rahmen Giraph Lab (eine Kooperation zwischen dem Universitätsspital Genf und der EPFL) mit Analysen zur Gesundheit der Bevölkerung in diesem Raum. Deren Ergebnisse werden in den kommunalen Richtplan einfließen, um die Lebensqualität und die Gesundheit der Einwohner zu verbessern.

2013 erhielt Yverdon-les-Bains den ersten Preis im Wettbewerb «Gesunde Stadt» für ihre «umfassende Gesundheitspolitik». Wo steht die Stadt heute bei dieser Thematik?

Der Preis hat uns darin bestärkt, eine bürgernahe, auf die Bedürfnisse der Quartiere ausgerichtete Politik zu verfolgen, bei der die Bevölkerung zu Wort kommt. Nach dem Vorbild der Jugendräte gründeten wir auch Seniorenräte und einen beratenden Ausschuss für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Alle sechs Wochen können diese drei Gremien ihre Anliegen bei den Vertreterinnen und Vertretern der Stadt vorbringen. In Yverdon-les-Bains ist gemeinschaftliches Arbeiten keine leere Worthülse, sondern eine Realität vor Ort: Aus der Lebensmittelhilfe «Cartons du cœur» entstanden die Gemeinschaftsgärten «Jardins du cœur»; in der Suppenküche «Soupes d'ici et d'ailleurs» werden jeden Tag von einem anderen Migrantenverein Suppen gekocht, in deren Genuss im Dezember die Bewohner und Pendler im Bahnhofsviertel kommen; Streitschlichter patrouillieren nachts ehrenamtlich durch das Stadtzentrum. Alle diese Aktionen haben das gleiche Ziel: den sozialen Zusammenhalt stärken und die Integration fördern. Der Einsatz für die Gesundheit mündet in ein umfassenderes Konzept zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen.

Welche Projekte existieren für die Gesundheitsförderung im Bereich Sport?

2018 verabschiedete der Gemeinderat einen Richtplan für Sport und Bewegung, der für die Steuerung, die Infrastrukturen und die Praxis im Bereich des Spitzen- und des Breitensports Entwicklungsperspektiven bis 2030 vorzeichnet. Im Aktionsplan für Sport und Bewegung 2018-2021 werden diese Absichten konkretisiert. Die Stadt bewirbt sich um das Label «Global Active City». Zudem arbeiten das Sportamt und das Kulturamt an der Schaffung eines Bereichs mit gemischter Nutzung in Seenähe.

Erhalten Sie genügend Unterstützung vom Bund und vom Kanton?

Der Kanton Waadt hat sich des Themas «Sport-Gesundheit» angenommen, um Sport jenseits des reinen Leistungssports zu fördern und um allen Menschen einen ungehinderten Zugang zu Bewegung zu ermöglichen. Unser Sportamt erhält vom Kanton Mittel für verschiedene Projekte. Das Konzept der nachhaltigen Gesundheitsförderung deckt also insbesondere im Bereich der Prävention und der Kostenkontrolle einige der grossen Herausforderungen ab. Der Bund müsste die Anstrengungen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften mehr unterstützen.

Wie wird Yverdon-les-Bains in 20 Jahren aussehen?

Nach einer grundlegenden Veränderung des Stadtbildes durch die neuen Quartiere, die derzeit realisiert werden, wird Yverdon eine vorbildliche Stadt sein, in der traditionsreiches Erbe und technologische Innovationen zum Nutzen ihrer Bevölkerung ein harmonisches Ganzes bilden. Yverdon wird alle Vorteile einer Grossstadt bieten, jedoch ohne deren Nachteile zu haben. Durch ihre gelungene Integrationsarbeit und ihren Ruf als Zentrum wirtschaftlicher Entwicklung wird es der Stadt in 20 Jahren gelungen sein, eine junge Bevölkerung anzuziehen, die besonderen Wert auf Lebensqualität legt. In allen Teilen der Welt wird man sich für das Geheimnis unseres Erfolgs interessieren.

THEMA

Gesundheit und Stadtentwicklung

Einige Grundüberlegungen

Die Wissenschaft hat bereits klare Nachweise dafür erbracht, dass sich die gebaute Umwelt auf die Förderung körperlicher Aktivität vorteilhaft auswirken kann. Ausgehend von dieser Feststellung hat die Policlinique Médicale Universitaire in Lausanne das Projekt Mé-tasanté ins Leben gerufen, mit dem das Stadtentwicklungsprogramm Métamorphose eine auf die Förderung von Bewegung und Gesundheit ausgerichtete Dimension erhalten soll.

Die Gesundheit

Bewegungsmangel spielt eine wesentliche Rolle bei der Entstehung von Krankheiten, insbesondere von Herz-Kreislauf- und Stoffwechselerkrankungen sowie von onkologischen Erkrankungen. Die offiziellen Zahlen besagen, dass zwei Drittel der Bevölkerung in der Schweiz nicht ausreichend körperlich aktiv sind und dieser Bewegungsmangel jedes Jahr zwei Millionen Krankheitsfälle und fast 3000 vorzeitige Todesfälle verursacht. Der Nutzen körperlicher Aktivität wird insbesondere bei Menschen mit Bewegungsmangel deutlich, die mit einer leichten bis mässigen körperlichen Aktivität beginnen. So zeigen Studien, dass die Dosis-Wirkungs-Beziehung in der Anfangszeit einer regelmässig ausgeübten körperlichen Aktivität am besten ist, wenn man etwas ausser Atem kommt oder ins Schwitzen gerät. Es ist also nicht notwendig, der Gesundheit zuliebe gleich beim Lausanner 20-Kilometer-Lauf mitzumachen! Ausschlaggebend ist vielmehr, sich regelmässig aktiv zu bewegen. Wenn ein Mensch mit Bewegungsmangel seine körperliche Aktivität steigert, hat dies deutliche positive Auswirkungen. Selbst wenn eine Gewichtsabnahme ausbleibt, sinkt die Gefahr kardiovaskulär bedingter Todesfälle ebenso wie das Risiko, an Darmkrebs, Brustkrebs, Depressionen oder Altersdemenz zu erkranken oder osteoporosebedingte Knochenbrüche zu erleiden. Aus diesem Grund muss die öffentliche Hand mit ihrer Politik dafür sorgen, dass sich die körperlich nicht aktiven zwei Drittel der Bevölkerung regelmässig bewegen können.

Die Stadt

Die Planung und die Gestaltung einer Stadt haben Auswirkungen darauf, welche Fortbewegungsmittel die Einwohner wählen, was wiederum ihren Lebensstil und ihre Gesundheit massgeblich prägt. Die Gesundheit sollte deshalb im Zentrum der Stadtentwicklung stehen. Im Gesundheitswesen und der Epidemiologie ist man sich heute glücklicherweise der Herausforderungen im Zusammenhang mit den städtebaulichen Veränderungen und

den sich daraus ergebenden Mobilitätsformen in zunehmendem Masse bewusst. Die renommierte wissenschaftliche Fachzeitschrift The Lancet veröffentlichte im Mai 2012 die Ergebnisse einer zweijährigen Untersuchung ihres Ausschusses für gesunde Städte (Healthy Cities Commission) in einer Monographie mit dem Titel «Shaping cities for health: complexity and the planning of urban environments in the 21st century». Dort wird gefordert, in den Städten Bündnisse zwischen dem Gesundheitswesen und den für die Stadtentwicklung zuständigen Stellen zu schliessen, um Quartiere zu schaffen oder so zu verändern, dass sie die Fortbewegung zu Fuss und die Bewegung im Allgemeinen begünstigen.

Das Lausanner Bündnis

In Lausanne haben wir ein solches Bündnis durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Fachpersonen im Gesundheitswesen und in der Stadtentwicklung auf die Beine gestellt. Das von der Policlinique Médicale Universitaire durchgeführte Projekt «Mé-tasanté» zielte darauf ab, die Gesundheit in das städtebauliche Projekt «Métamorphose» der Stadt zu integrieren (www.lausanne.ch). Eine Zusammenfassung des Projekts erschien erst kürzlich in der Fachzeitschrift *Urbia*. Auf der Grundlage interaktiver Workshops wurde insbesondere beschlossen, die Strassen der

Stadt so zu gestalten, dass sie untereinander verbunden sind, und auf diese Weise eine kleingliedrige Vernetzung zu schaffen, die sich für aktive Fortbewegungsarten anbietet. Das Ergebnis: Indem die Wege so umgestaltet werden, dass sie möglichst angenehm zu nutzen sind und man sich wohler und sicherer fühlt, entsteht ein für die Fortbewegung zu Fuss und/oder mit dem Fahrrad günstiges Umfeld. So sollte es auch gelingen, weniger aktive Menschen in Bewegung zu versetzen – ohne dass es ihnen wirklich bewusst wird! Mit Blick auf diejenigen Menschen, denen die Fortbewegung zu Fuss schnell Probleme bereitet, wurden entsprechende Überlegungen angestellt, an denen insbesondere zwei Altersheime mitgewirkt haben, die vor Ort entstehen sollen. Aufgrund dieser Überlegungen sollen im Quartier Sitzbänke aufgestellt werden, die nahe beieinander stehen (im Abstand von 50 bis 80m), damit auch einmal längere Spaziergänge gemacht werden können. Um im direkten Umfeld körperliche Aktivitäten zu fördern, wird ausserdem ein über das Quartier hinausreichendes Konzept verfolgt, das einen Gesundheitsparcours vorsieht, der durch das ganze Quartier führt und es nach seiner endgültigen Fertigstellung ermöglichen wird, einen ca. 20 Kilometer langen Stadtrundgang zu unternehmen, der seinem Namen alle Ehre macht.

Prof. Jacques Cornuz, Direktor, Universitätsabteilung für Medizin und Öffentliche Gesundheit – Policlinique Médicale Universitaire, Lausanne und **Marie-Noëlle Doman-Aubort**, Stadt Lausanne, Direktion Kultur und Stadtverwaltung

Gesundheitsförderungs-Konferenz: Städte und Gemeinden am Puls der Gesundheit

Die Gesundheit der Bevölkerung hängt auch von der Umwelt und den Rahmenbedingungen ab, in denen die Menschen leben. Im Mittelpunkt der Nationalen Gesundheitsförderungs-Konferenz am 17. Januar 2019 in Bern steht daher die wichtige Rolle der Städte und Gemeinden für Gesundheitsförderung und Prävention: Sie können ein Umfeld schaffen, das zu Bewegung anregt, Begegnungen fördert und Entspannungsmöglichkeiten bietet. Damit stärken sie auf lokaler Ebene das körperliche und psychische Wohlbefinden ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Ein Schwerpunkt der Konferenz gilt Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen, die eine besonders enge Bindung zu ihrem Wohnort und ihrer Nachbarschaft haben. Thematisiert wird auch die Beziehung der Städte und Gemeinden mit ihren Kantonen.

www.konferenz.gesundheitsfoerderung.ch



Gesundheitsförderung Schweiz
Promotion Santé Suisse
Promozione Salute Svizzera

POLITIK

Rückblick auf die Wintersession

Karin Keller Sutter (FDP/SG) und Viola Amherd (CVP/VS) sind neu in den Bundesrat gewählt worden. Nebst der Bundesratswahl war die vom Nationalrat abgelehnte Totalrevision des CO₂-Gesetzes das dominierende Geschäft der Wintersession.

Überarbeitung Finanz- und Lastenausgleich

Die Geberkantone sollen entlastet werden. Der Ständerat hat einer Anpassung des Finanz- und Lastenausgleichs (NFA) zugestimmt. Neu soll der ressourcenschwächste Kanton auf mindestens 86,5 Prozent der durchschnittlichen Ressourcenausstattung kommen. Der Betrag, den der Bund einspart, soll aber im System bleiben: 140 Millionen Franken fliessen in den soziodemografischen Lastenausgleich, weitere 140 Millionen Franken gehen während fünf Jahren als Übergangshilfe an die ressourcenschwachen Kantone. Für den Städteverband ist diese Aufstockung des soziodemografischen Lastenausgleichs das Minimum, um die ungleiche Abgeltung der bestehenden Lasten etwas zu korrigieren. Nun ist der Nationalrat am Zug.

Weitere Runde gegen Tempo 30

Auf Hauptverkehrsachsen innerorts sollen Tempo-30-Zonen nur aus Sicherheitsgründen eingeführt werden dürfen. Für den Lärmschutz will sie der Nationalrat nicht mehr zulassen. Er

hat einer parlamentarischen Initiative von Gregor Rutz (SVP/ZH) zugestimmt. Die Verkehrskommission unterstützte das Anliegen. Es sei sinnlos, Milliarden in die Verkehrsinfrastruktur zu investieren, wenn die Städte den Verkehr nicht abnehmen könnten. Nun geht das Geschäft wieder in die Kommission des Ständerats. Diese hatte sich in einer ersten Runde dagegen ausgesprochen. Der Städteverband und der Gemeindeverband lehnen die Initiative ab. Sie verstösst gegen das Subsidiaritätsprinzip und entzieht Städten und Gemeinden ein einfaches, kostengünstiges und oft auch das einzige Mittel, ihre Bevölkerung gemäss Gesetzesauftrag vor Lärm zu schützen.

Unterstützung für Fonds de Roulement

Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ist im Nationalrat nicht mehrheitsfähig. Im Grundsatz wendet sich die Grosse Kammer aber nicht gegen zusätzliche Mittel für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Sie setzt aber auf den indirekten Gegenvorschlag, den der Bundesrat dem Parlament unterbreitet hat. Demnach soll der Fonds de Roulement, der Wohnbaugenossenschaften zinsgünstige Darlehen gewähren kann, um 250 Mio. Franken aufgestockt werden. Der Nationalrat stimmte der Aufstockung mit 124 zu 73 Stimmen zu. Dies ist aus Sicht des Städteverbandes sehr erfreulich. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

CO₂-Gesetz scheitert im Nationalrat

Nach über zehn Stunden Beratungen hat der Nationalrat die Totalrevision des CO₂-Gesetzes abgelehnt. Er hatte die Vorlage zuvor derart verwässert, dass die Ratslinke nichts mehr damit anfangen konnte. Der Entscheid fiel mit 92 zu 60 Stimmen bei 43 Enthaltungen. Die Ablehnung kommt einem Nichteintreten auf das Gesetz gleich. Gescheitert ist die Vorlage vor allem daran, dass der Nationalrat bei der Reduktion der Treibhausgase auf den Kauf von Emissionszertifikaten im Ausland setzte. Er lehnte es ab, einen Inlandanteil im Gesetz zu verankern. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Tritt dieser darauf ein, ist erneut der Nationalrat am Zug. Alle bisherigen Entscheide sind hinfällig.

Gleichstellungsgesetz verabschiedet

Grosse Unternehmen müssen künftig prüfen, ob sie Männern und Frauen gleich viel Lohn bezahlen. Der Nationalrat hat beim revidierten Gleichstellungsgesetz die letzte Differenz ausgeräumt. Die Räte haben sich nun darauf geeinigt, Unternehmen ab 100 Beschäftigten zu Lohnanalysen zu verpflichten. Lernende werden nicht angerechnet. Mit der beschlossenen Schwelle müssen 0,9 Prozent der Unternehmen Lohnanalysen durchführen. Diese beschäftigen 46 Prozent der Arbeitnehmenden.

Vernehmlassungen

«Integrationsagenda»: Wichtiger Schritt mit kommunaler Beteiligung

Der Bund stockt die Beiträge, die für Integrationsmassnahmen von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen an die Kantone bezahlt werden, im nächsten Jahr von 6 000 auf 18 000 Franken deutlich auf. Der Bund möchte hierbei aber die Prozesse der Integration landesweit vereinheitlichen und beispielsweise auch Potenzialabklärungen etablieren. Mit solchen sollen die beruflichen Fähigkeiten besser abgeklärt werden. Der Städteverband heisst die entsprechenden Verordnungen gut, verlangt vom Bund und den Kantonen aber, nun bei der Umsetzung der Integrationsagenda auch darauf zu achten, bereits bestehende Angebote der Städte zu berücksichtigen.

Indirekter Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative

Der Städteverband hat sich positiv zum Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative geäussert. Der Bundesrat nimmt damit das Anliegen der Initianten auf, die internationale Preisdiskriminierung von Nachfragern aus der Schweiz – den sogenannten «Schweiz-Zuschlag» – zu bekämpfen. Mit einer Anpassung des Kartellgesetzes soll die Beschaffungsfreiheit von Schweizer Unternehmen im Ausland gestärkt und sollen Parallelimporte erleichtert werden. Für den SSV ist die Vorlage ein Schritt in die richtige Richtung. Einzelne aufgrund ihrer Grenznahe besonders betroffene Mitglieder hätten zusätzlich eine Anpassung im Sinne der Pa.Iv. Altherr gewünscht.

Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen

Die neue Bestimmung sieht vor, dass Energiespar-Contracting-Lösungen sowohl für die Vermietenden als auch für die Mietenden kostenneutral sind. Daraus folgt auch ein wichtiger Anreizcharakter für dieses bislang wenig bekannte Vertragsmodell. Der Städteverband begrüsst das Vorhaben und betont die Wichtigkeit, die überwälzbaren Kosten der Energiespar-Contracting-Massnahmen auf den Wert der Energieeinsparungen zu begrenzen.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Städte unterstützen Steuerreform und AHV-Finanzierung



Der Städteverband spricht sich für die Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) aus. Die Vorlage entspricht seinen Forderungen zwar nicht vollumfänglich. Nach einer Gesamtabwägung sowie insbesondere aufgrund der Bedeutung und der hohen Dringlichkeit der Vorlage überwiegen die Argumente zugunsten der STAF aber klar. Auch die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSPD) hat beschlossen, die STAF zu unterstützen. Im Vergleich zur USR III haben Städte und Gemeinden einiges erreicht. Erfreulich ist, dass Bund und Kantone Lehren aus dem Scheitern der USR III gezogen haben und die kommunale Ebene bei der Neuauflage der Reform von Beginn weg miteinbezogen. Ebenso war die Aufnahme einer Gemeindeklausel von Anfang an unbestritten.

www.staedteverband.ch

Zersiedelungsinitiative: Untaugliches Instrument für Innenentwicklung



Die Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung» greift eine wichtige Frage der Raumplanung auf. Sie ist jedoch das falsche Instrument zum falschen Zeitpunkt, um der Zersiedelung entgegenzuwirken. Nicht zielführend ist insbesondere die Forderung der Initiative, die Gesamtfläche der Bauzonen auf dem heutigen Stand einzufrieren. Der Vorstand des Städteverbandes hat deshalb die Nein-Parole beschlossen – auch wenn die Idee der Initiative grundsätzlich Sympathien genießt.

www.staedteverband.ch

Roadmap Elektromobilität: Mobilität muss effizienter und «smarter» werden



Der Städteverband hat sich an der vom Bund lancierten Roadmap Elektromobilität beteiligt, die am 18. Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Diese strebt eine Steigerung des Marktanteils von elektrisch angetriebenen Autos unter den Neuwagen in der Schweiz bis 2022 auf 15 Prozent an. Die Ansprüche der Städte reichen über dieses Ziel hinaus: Umweltfreundliche Antriebstechnologien sind nicht nur bei Autos anzuwenden,

sondern auch bei Velos und im öffentlichen Verkehr. Für den Städteverband muss die Mobilität durch die Veränderung des Treibstoffmixes effizienter und «klüger» werden. Er schlägt vor, den Warentransport nicht einfach auf elektrisch angetriebene Lieferwagen zu verlagern, die wegen den Batterien schwerer werden, sondern neue Konzepte zu entwickeln, zum Beispiel Lösungen mit elektrisch angetriebenen Cargo-Velos auf der letzten Meile.

www.uvek.admin.ch

SKM: Handlungsbedarf bei Parkplätzen im städtischen Raum



Die Städtekonferenz Mobilität hat einen Anlass des VCS und der Plattform autofrei / autoarm Wohnen in Basel mitorganisiert, an dem vielfältiger Handlungsbedarf im Zusammenhang mit Autoparkplätzen geortet wurde. In städtischen Räumen bestehen zunehmend Diskrepanzen zwischen statischen, in Bezug auf die Anzahl Parkplätze grosszügig bemessenen Bauvorschriften und einer schwindenden Nachfrage. Begegnen liesse sich dieser Tendenz mit flexibleren Vorschriften, die sich gemäss der Formel «je dichter die Bebauung, desto weniger Parkplätze braucht es» an der Dichte der Siedlungen orientieren. Möglichkeiten zur besseren Nutzung von bestehenden Parkplätzen können Unterschiede in der maximalen Nutzungsdauer am Tag oder am Abend sein.

Freiwilligenarbeit: Auch im digitalen Zeitalter ist analoges Engagement gefordert



Wie vereinfacht Crowdfunding im Internet die Vereinsarbeit? Findet man mit Apps neue Mitglieder? Und kann Freiwilligenarbeit sogar ausschliesslich im Internet stattfinden? Die Jahrestagung des Netzwerks freiwillig.engagiert widmete sich in diesem Jahr der Digitalisierung. Fazit: Auch die Planung von Freiwilligenarbeit mit Hilfe digitaler Instrumente erfordert viel «analoges» und persönliches Engagement. Freiwilligenarbeit funktioniert vor allem dann, wenn sich die Leute kennen. Ein Rückblick auf die Tagung findet sich auf der Webseite des Netzwerks. Am 18. November 2019 wird der Städteverband zusammen mit dem Gemeindeverband die nächste Tagung organisieren. Sie behandelt das Zusammenspiel von Milizarbeit und freiwilligem Engagement.

www.netzwerkfreiwilligengagiert.ch

Kurzmeldungen

Wettbewerb für Smart-City-Projekte

Das Bundesamt für Energie BFE führt zum ersten Mal einen Wettbewerb für Smart-City-Projekte durch. Ziel des «Smart City Innovation Award» ist es, die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure zu fördern, neue Schweizer Projekte aufzuzeigen und deren Sichtbarkeit und den Mehrwert zu erhöhen. Die Preise werden im Rahmen der SmartSuisse am 10. April 2018 in Basel verliehen. Anmeldefrist ist der 8. März 2019.

www.energieschweiz.ch

Hitze in den Städten

Die Hitzebelastung in den Städten und Agglomerationen ist gross, denn die vielen versiegelten Flächen absorbieren die Sonnenstrahlung und heizen die Umgebung auf. Ein Bericht des Bundesamtes für Umwelt zeigt, wie der Hitzeinseleffekt eingedämmt werden kann.

www.bafu.admin.ch

Tagung Umweltkommunikation

Die tripartite Tagung Umweltkommunikation bietet Umwelt-Kommunikationsfachleuten von Bund, Kantonen und Städten Gelegenheit, sich über ihre Arbeit auszutauschen und Themen zu diskutieren. Vertieft wird am 28. März das Thema «Citizen Science» (vgl. www.schweiz-forscht.ch). Weitere Informationen: andrea.looser@kuv.ch.

InfoSocietyDays in Bern

Die InfoSocietyDays mit dem Swiss eGovernment und dem Swiss eHealth Forum bilden die führende Plattform für Innovation und Wandel in der Informationsgesellschaft. Die Veranstaltungen finden am 5.-6. und 7.-8. März in Bern statt.

www.infosocietydays.ch

Neuer Auftritt der NEXPO

Die zehn grössten Schweizer Städte haben den Verein «NEXPO – die neue Expo» gegründet, um die Idee einer neuartigen Landesausstellung weiterzuentwickeln. Seit November präsentiert sich die NEXPO mit neuer Webseite und neuem Markenauftritt erstmals einer breiten Öffentlichkeit.

www.nexpo.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 29. März 2019** **Schweizerischer Stadtwerkekongress** in Bern
Information: www.stadtwerkekongress.ch
- 30. April 2019** **Frühlings- & Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern
29. Oktober 2019 Information: Julia Imfeld, Telefon 031 35 632 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch
- 5./6. September 2019** **Städtetag 2019** in Chur
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

- 17. Januar 2019** **Recyclingkongress 2019** in Biel
Information: www.recyclingkongress.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 3. Juni 2019** **Save-the-date - Mitgliederversammlung und Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität**
Information: Paul Schneeberger, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch
- 26. September 2019** **Save-the-date - 17. Kongress zur urbanen Sicherheit KSSD/SVS/SKP** in Bern
Information: Christoph Lienhard, Telefon 041 411 70 30, info@kssd.ch

Weitere Organisationen

- 17. Januar 2019** **20. Nationale Gesundheitsförderungs-Konferenz: «Städte und Gemeinden am Puls der Gesundheit»** in Bern
Information: www.konferenz.gesundheitsfoerderung.ch (Patronat SSV)
- 27. Februar 2019** **digma-Tagung zum Datenschutz** in Bern (Zusatztermin, Patronat: SSV)
Information: www.digma-tagung.ch
- 5./6. März 2019** **Swiss eGovernment Forum: «Verwaltung - Ihre Rolle in der digitalen Gesellschaft»** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.e-governmentforum.ch
- 14. März 2019** **ZUKUNFT MOBILITÄT: «Logistik der Zukunft. Was heisst das für den Verkehr?»** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.zukunft-mobilitaet.ch
- 20. März 2019** **PUSCH - Attraktive Siedlungsränder für Mensch und Natur** in Zürich
Information: www.pusch.ch
- 28. März 2019** **Tagung Umweltkommunikation 2019** in Bern
Information: andrea.loosli@kvu.ch
- 10./11. April 2019** **SmartSuisse** in Basel (Patronat: SSV)
Information: www.smartsuisse.com

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Dominic Blumenthal, Barbara Brechbühl, Karin Christen, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Paul Schneeberger, Martin Tschirren;
Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: zvg; Foto Seite 3: zvg.
Telefon 031 356 32 32, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch